

**Resolution der Delegiertenversammlung 2015
beschlossen am 26. April in Bamberg**

Für den sofortigen Atomausstieg, für konsequenten Klimaschutz jetzt, für die Rettung der dezentralen Energiewende in Bayern statt überflüssiger, neuer HGÜ-Stromautobahnen

Die Delegiertenversammlung des BUND Naturschutz sieht mit großer Sorge, dass die Energiewende aufgrund falscher Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene ins Stocken geraten ist. Zwar wird in wenigen Wochen das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld abgeschaltet. Doch die Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima mahnen, dass nur der sofortige Atomausstieg aus dieser unbeherrschbaren und lebensgefährlichen Risikotechnologie verantwortbar ist.

Auch als Konsequenz des „Energiedialog Bayern“ fordert der BUND Naturschutz daher die bayerische Staatsregierung auf, die Fortführung der Energiewende und den Klimaschutz auf allen Ebenen voranzutreiben statt zu blockieren. Hierfür sind Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene nötig, welche die dezentrale Energiewende von Bürgern, Kommunen und Betrieben sichern und fördern. Fehlentscheidungen wie die 10-H Regelung und die Änderungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, welche die Bürgerenergie erschweren, müssen korrigiert werden.

Der BUND Naturschutz fordert den sofortigen Atomausstieg – ohne schuldhaftes Zögern und ein Entsorgungskonzept für den Abriss der Atomkraftwerke.

Die atomaren Katastrophen von Tschernobyl am 26. April 1986 und von Fukushima am 11. März 2011 mahnen bis heute. Der BUND Naturschutz fordert den Atomausstieg sofort – ohne schuldhaftes Zögern. Ob Staatswirtschaft in der alten UdSSR oder freie Marktwirtschaft im Land der Qualitätskontrolle Japan: Atomtechnologie ist nicht beherrschbar und ein tödliches Risiko.

Die bundesdeutsche und europäische Gesetzgebung zur Atomtechnologie versucht sich auf Risikofaktoren zu beziehen und versucht festzulegen, welche Risiken gesellschaftlich akzeptabel wären. Das Risiko eines Atomunfalls ist nicht bestimmbar. Der BUND Naturschutz fordert, die potentiellen Schäden zu bewerten – und die sind, das lehren die Erfahrungen aus Tschernobyl und Fukushima, riesig und immens. Hinzu kommen die Gefahren für die Gesundheit aus dem laufenden Betrieb, oft verdeckt und nur mittels komplexer wissenschaftlich-statistischer Methoden erfassbar – aber real.

Hinzu kommen die unbekanntenen Risiken und Kosten aus der Lagerung des Atommülls. Was harmlos als „Kernreaktion“ beschrieben wird, produziert in gigantischem Ausmaß neue Mengen an radioaktiven Isotopen – als zwangsläufiges Nebenprodukt dieser Energiegewin-

nung. Die Radioaktivität dieses Zwangsanfalls bedingt das bis heute ungelöste Problem der finalen Lagerung. Wie sollen wir etwas sicher verwahren, über eine Million Jahre, wenn wir als heutige Menschen nicht sehr viel mehr als ein Zehntel einer Million Jahre existieren, und unsere Kulturgeschichte als Ackerbauern wohl erst vor ca. einem Hundertstel einer Million Jahre begann? Darum klar und rational: Atomausstieg sofort.

Auch nach der Abschaltung der Atomkraftwerke muss beim Abriss die Minimierung der radioaktiven Belastung für die Menschen vorgeschrieben werden. Eine Vermischung von radioaktiv belastetem Baumaterial und seine „Entsorgung“ als „freigemessener“ Bauschutt im Straßen- und Wegebau wie nach ersten Planungen für das AKW Isar 1, aber auch für das AKW Grafenrheinfeld, vorgesehen, ist inakzeptabel.

Wir haben heute die technische und wirtschaftliche Alternative: Energiesparen ist machbar. Energieeffizienz und dezentrale Kraftwärmekopplung stellen zukunftsfähige Wärme und Versorgungssicherheit mit Strom zur Verfügung. Dank der Anstrengungen und der Aufwendungen im Erneuerbaren Energien Gesetz existieren heute die neuen Großtechnologien Sonnenstrom und Windstrom, die Strom zukunftsfähig, technische solide und wirtschaftlich, und mit niederen und langfristig planbaren Kosten zur Verfügung stellen können.

Der BUND Naturschutz fordert konsequenten Klimaschutz, jetzt.

Die Berichte des International Panel of Climate Change, IPCC bis 2014 und die internationale seriöse Wissenschaft warnen und warnen wiederholt. Der globale Klimawandel, ausgelöst durch die thermische Nutzung fossiler Energieträger zur Deckung unseres überbordenden Energiekonsums, droht uns und kommenden Generationen. Fossile Energieträger setzen Treibhausgase frei, die als Spurengase in der Atmosphäre die Energiebilanz unserer Erde verschieben – in Richtung höherer globaler Temperaturen. Die Wissenschaft bezweifelt, ob das 2 Grad Ziel, also ein Klimawandel mit heute abschätzbaren Folgen, noch gehalten werden kann. Klimaschutz muss zwei wesentliche Schritte beinhalten. Die Energiewende mit Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energiewende mit Reduktion der fossilen Energieträger. Auf Deutschland übertragen bedeutet dies: Die Produktion und Vermarktung von Windstrom im Norden muss konsequent und parallel mit der Reduktion der Kohleverstromung im Westen und Osten gekoppelt werden.

Das bedeutet eine Reduktion der menschlich bedingten Treibhausgasemissionen, vor allem von Kohlendioxid, bis zum Jahr 2050 auf nahe Null – in politisch klar angekündigten und rechtlich verbindlichen gleichmäßigen Schritten, auch in Bayern. Die Staatsregierung und der bayerische Landtag müssen daher ihre Entscheidungen nicht nur in der Energiepolitik sondern auch in der Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Landesentwicklungspolitik an diesem Leitbild ausrichten und selbst konkrete quantitative Verminderungsziele festschreiben.

Der BUND Naturschutz wird daher auch die internationalen Klimaschutzkonferenz in Paris öffentlichkeitswirksam begleiten und wirksame Klimaschutzvereinbarungen einfordern.

Der BUND Naturschutz fordert die dezentrale Energiewende in Bürgerhand, die Energiewende der Kommunen, die Energiewende von unten und die Fortführung des Energiedialogs in den Regierungsbezirken.

Die Energiewende muss die Bereiche Strom, Wärme und Transport umfassen, nicht nur im Verbrauch hier bei uns, sondern auch bezogen auf Produkte, die nach Bayern importiert und hier konsumiert werden. Die Energiewende beruht aus Sicht des BUND Naturschutz auf 3 Säulen: Energiesparen, Energieeffizienz und dezentral erzeugten naturverträglichen Erneuerbare Energien. Es gibt viele gute Gründe für eine dezentrale Energiewende: Gerechtigkeit, Demokratisierung der Energiewirtschaft, Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Kommunen an der Energiewirtschaft; Akzeptanz, Motivation und Umsetzung entstehen auch aus der Wertschöpfung für die Menschen vor Ort; und letztlich auch globale Verantwortung: unser globaler Energiehunger führt heute zu politischen und sozialen Verwerfungen in fernen Ländern, verletzt Menschenrechte und zerstört Natur. Der BUND Naturschutz hat in den Energiedialog Bayern 2014 / 2015 die Forderung der dezentralen Energiewende mit Energiesparen, mit Energieeffizienz / dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung und dynamischem Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern eingebracht – als Minderheitsforderungen, gegen die Mehrheit der bayerische Wirtschaft und gegen die breite Mehrheit des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Der BUND Naturschutz fordert, den Ausbau der Windenergie und der Sonnenenergie unter Wahrung von Umwelt und Naturschutzbelangen voranzutreiben und die 10-H-Abstandsregelung zurückzunehmen.

Bis 2022 könnten in Bayern 2500 Windenergieanlagen stehen und bis zu 17 Milliarden Kilowattstunden Strom liefern. Die erforderliche Fläche für Windparks wäre knapp 1 Prozent der Landesfläche. Der BUND Naturschutz fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Erfolge der Regionalplanung Wind in den Jahren 2011 - 2013 weiterzuführen, die im Jahr 2014 zu einem substantiellen Zubau von Windenergie in Bayern führte. Der BUND Naturschutz fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Änderung der Bayerischen Bauordnung vom November 2014 über eine 10 Mal der Höhe Abstandsregelung von Windrädern zu Wohngebieten umgehend zurückzunehmen. Die Planungssicherheit für Photovoltaikanlagen muss wiederhergestellt werden. Die Vergütung muss erhöht und verstetigt werden.

Der BUND Naturschutz fordert ein Konzept der Staatsregierung zur Stromverbrauchsreduktion.

Ziel muss sein, den Stromverbrauch um 15 Prozent von 2014 bis 2023, oder jährlich im Mittel um 1,5 Prozent zu reduzieren. Dies entspricht bezogen auf den heutigen Stromverbrauch einer Reduktion um 13 Milliarden Kilowattstunden und einer Reduktion der Stromspitzenleistung um 2000 Megawatt von 12500 Megawatt auf 10500 Megawatt. Dies bedeutet eine Senkung der Stromkosten, davon würden Haushalte, Kommunen und Industrie profitieren. Arbeitsgrundlagen zur Umsetzung hierzu sind beschrieben im gemeinsamen 12-Punkte-Aktionsplan-Stromsparen von 2012 von BUND Naturschutz in Bayern, Landesbund für Vogelschutz in Bayern und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.

Der BUND Naturschutz fordert ein Förder- und Beratungsprogramme zum flächendeckenden Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung in Bayern und den Einsatz für eine wirkungsvolle KWK-Novelle auf Bundesebene.

Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen sind Motoren oder Turbinen, die Strom und Wärme direkt vor Ort bei den Verbrauchern, also Wohngebieten, Gewerbe und Industrie produzieren. Dies ist energieeffizient und nutzt die Abwärme der Stromproduktion, die in konventionellen Großkraftwerken ohne Kraft-Wärme-Kopplung verschwendet wird. Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung dient der Sicherung der Stromversorgung in Ergänzung der fluktuierenden Stromproduktion aus Wind und Sonne. Mit einer potentiellen elektrischen Leistung von 3000 Megawatt bei Umrüstung der Wärmeversorgung kann die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung einen wesentlichen Beitrag zu Versorgungssicherheit mit Strom in Bayern bieten, steuerbar, effizient, preisgünstig und mit Wertschöpfung vor Ort. Der zusätzliche Bedarf an Erdgas für den Bereich Strom kann aus den Einsparungen im Bereich Wärme durch die notwendige energetische Sanierung von Gebäuden gedeckt werden.

Zusätzlich muss die Diskussion Bayernplan Biogas der Bayerischen Staatsregierung von 2012 im Jahr 2015 weitergeführt werden. Das Landesamt für Landwirtschaft hatte in 2012 für Bayern ein Potential an elektrischer Leistung aus bestehenden Biogasanlagen und neuen kleinen Anlage auf Basis Gülle in flexibler Fahrweise von 2500 Megawatt analysiert, das IWES in Kassel in 2012 für Bayern hierzu von rund 5000 Megawatt. Längerfristig können Stromüberschüsse aus Windstrom im Norden und Sonnenstrom im Süden über die Umwandlung mittels „Power-to-Gas“ Technologien in bestehenden Gasleitungen und Gasspeichern Bayern mit Methan aus Erneuerbaren Energien versorgen.

Der BUND Naturschutz fordert das Bayerische Wirtschaftsministerium auf, zu prüfen, welche der 10.000, von über 60.000, großen Heizungsanlagen in Bayern, sich am besten für die Umrüstung auf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung eignen. Der BUND Naturschutz fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich bei der Reform des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes und des Strommarktdesigns im Jahr 2015 intensiv für den Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung einzusetzen.

Der BUND Naturschutz fordert den Planungsstopp und eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung auf Basis eines dezentralen Energiekonzeptes für alle Änderungen des Höchstspannungsnetzes

Der BUND Naturschutz hat den „Energiedialog Bayern“ zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Verbänden begrüßt. Der Hintergrund des Energiedialogs zeigt aber die Probleme und die mangelnde Konsistenz der Bayerischen Regierung in Sachen Energiewende klar auf. Die Schwarz-Gelbe Regierung hatte zur Begründung der Laufzeitverlängerung der AKWs in 2010 ein zentrales Energiekonzept vorgelegt, das nach Fukushima in 2011 um den zweiten Atomausstieg in Deutschland bis 2022 ergänzt wurde. Ansonsten unverändert wurden hieraus Szenariorahmen und Netzentwicklungspläne abgeleitet, die im Jahr 2013 in Netzausbaubeschleunigungsgesetz und Bundesbedarfsplangesetz gipfelten und u.a. den Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Korridor Sümlink und den Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Korridor Gleichstrom Süd Ost in Bayern festlegen.

Der BUND und der BUND Naturschutz hatten von Beginn an eine Alternativenprüfung mit Energiesparen, mit Energieeffizienz und dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung und mit dynamischem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch in Süddeutschland gefordert, im Rahmen einer Strategischen Umweltprüfung nach EU-Richtlinien. Diese war nicht erfolgt. Dennoch hatte die Bayerische Staatsregierung dem Gesetzespaket der HGÜ Leitungen im Sommer 2013 zugestimmt. Es ist den Kommunen und Bürgerinitiativen v.a. in Nordbayern gegen die HGÜ Leitungen zu verdanken, dass die Bayerische Staatsregierung zu diesem Energiedialog gedrängt wurde.

Bei der Begründung der beiden HGÜ Leitungen führt das BMWi und die diesem zugeordnete Bundesnetzagentur an, dass für die Energiewende und den Klimaschutz Windstrom aus dem Norden Deutschlands nach Süden transportiert werden müsse.

Der BUND Naturschutz fordert stattdessen die umgehende Reduktion der Verstromung von Kohle (Steinkohle oder Braunkohle), um die Klimaschutz-Ziele zu erreichen. Der Kohleausstieg ist nach dem Ausstieg aus der Kernenergie die nächste wichtige Entscheidung, die auf Bundesebene beschlossen werden muss. Die Reduktion der Kohleverstromung und damit Reduktion der Kohlendioxid Emission ist jedoch nicht erkennbar Grundlage der Szenario-rahmen und der aktuellen Netzentwicklungspläne.

Der BUND Naturschutz lehnt daher die Planung der beiden HGÜ Leitungen auf Basis des aktuellen Energiekonzepts ab, da es auf einer Zentralisierung der Stromerzeugung in Großkraftwerken aufbaut und da es den Chancen eine dezentralen Bürgerenergiegewende und den Forderungen der Reduktion der Kohleverstromung für den Klimaschutz widerspricht. Der BUND Naturschutz fordert zudem, alle Berechnungsgrundlagen und Planungsdaten offenzulegen, um so den angeblichen Bedarf aller in Rede stehenden Leitungen nachprüfen zu können.

Bei der Diskussion um neue HGÜ Trassen geht es aus Sicht des BUND Naturschutz nach derzeitigem Planungs- und Erkenntnisstand nur vordergründig und vorgeblich um Versorgungssicherheit mit Strom in Bayern. Realer Hintergrund und reales wirtschaftliches, neoliberal geprägtes Interesse großer Investoren ist die zentrale Kontrolle über die Stromwirtschaft in Europa. Aus dieser Analyse heraus sieht der BUND Naturschutz auch im aktuellen Netzentwicklungsplan 2012-2014 eine Ursache dafür, dass die dezentrale Energiewende in einer Sackgasse steckt. Ohne schlüssiges Gesamtkonzept kann der Netzentwicklungsplan mit den geplanten Stromautobahnen unter den aktuellen Rahmenbedingungen eine reale Bedrohung von Wertschöpfung und Refinanzierung von Projekten der dezentralen Energiewende vor Ort darstellen. Der billigste Strom vor Ort aus Kohlekraftwerken in West- und Ostdeutschland und aus europäischen Nachbarländern, der billigste Strom aus europäischen Atomkraftwerken, zum großen Teil staatlich subventioniert, entzieht der dezentralen Energiewende vor Ort in Bayern den Boden und die wirtschaftliche Planbarkeit.

Der BUND Naturschutz fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich für eine Novellierung des EEG2014 und entsprechender Verordnungen einzusetzen, für einen dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien Wind und Sonne in Bayern, gegen zwingende Direktvermarktung, gegen Ausschreibungszwang, für eine Förderung der Eigenstromnutzung aus Erneuerbaren Energien und für umgehende Abschaffung der EEG-Umlage auf eigengenutztem Strom aus Fotovoltaik und dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung.